

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege



Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
Postfach 80 02 09, 81602 München

Frau Laura Valentukeviciute
Herrn Dr. Joachim Flämig
Herrn Klaus Emmerich

Name
Siegfried Nürnberg
Telefon
+49 (89) 540233-243
Telefax

E-Mail
Siegfried.Nuernberg@stmgp.bayern.de

ausschließlich via E-Mail:
info@klinikrettung.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
G24c-K9000-2022/29-200

München, 20.04.2023

Ihre Nachricht vom
05.04.2023

Unsere Nachricht vom

Krankenhausreform des Bundes

Sehr geehrte Frau Valentukeviciute,
sehr geehrter Herr Dr. Flämig,
sehr geehrter Herr Emmerich,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 5. April 2023 an Herrn Staatsminister Klaus Holetschek, in der Sie die Auswirkungen der Krankenhausreform auf die Klinikstruktur kritisieren. Zuständigkeitshalber wurde Ihre E-Mail an uns als Fachabteilung zur Beantwortung weitergeleitet. Gerne nehmen wir zu Ihren Ausführungen wie folgt Stellung:

Nicht zu übersehen ist, dass sich die Krankenhauslandschaft bereits seit Jahren in einem andauernden Prozess der Umstrukturierung befindet. Insbesondere rückläufige Verweildauern und die zunehmende Ambulantisierung in der Medizin haben zu einem deutlichen Rückgang im Bereich der

Dienstgebäude München
Haidenauplatz 1, 81667 München
Telefon 089 540233-0
Öffentliche Verkehrsmittel
S-Bahn: Ostbahnhof
Tram 19: Haidenauplatz

Dienstgebäude Nürnberg
Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon 0911 21542-0
Öffentliche Verkehrsmittel
U 2, U3: Haltestelle Wöhrder Wiese
Tram 8: Marienort

E-Mail
poststelle@stmgp.bayern.de
Internet
www.stmgp.bayern.de

stationären Behandlungen geführt. Deshalb sind Krankenhausträger gut beraten, den gegenwärtigen Strukturwandel proaktiv aufzugreifen und rechtzeitig für zukunftsfähige und gleichzeitig flächendeckende Strukturen zu sorgen. Das betrifft zum einen die Schaffung hinreichend großer Binnenstrukturen (Abteilungen) auch an insgesamt gesehen kleineren Krankenhäusern. Zum anderen kann es aber auch notwendig sein, vollstationäre Angebote an manchen Standorten einzustellen, um damit z. B. benachbarte Standorte desselben Krankenhausträgers zu stärken und auf die künftigen Rahmenbedingungen einzustellen. Dies erscheint umso bedeutender, als die aktuell auf Bundesebene angestoßene Krankenhausreform die künftigen Rahmenbedingungen für den Krankenhausbetrieb gegenwärtig nicht absehen lässt.

Grundsätzlich gilt, Krankenhäuser sind keine nachgeordneten Behörden des Staates und auch sonst keinen Weisungen hinsichtlich ihres Betriebsablaufs unterworfen. Entscheidungen über Standort- oder Stationsschließungen treffen die Krankenhausträger in eigener Verantwortung; die Krankenhausplanungsbehörde kann gegen den Willen des Klinikträgers lediglich die Bettenzahl an eine reduzierte Auslastung anpassen. Darüber hinaus liegt die Pflicht zur Sicherstellung der stationären Versorgung nach den gesetzlichen Vorschriften in Bayern bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten und nicht beim Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.

Die Erarbeitung und Umsetzung einer tragfähigen Krankenhausreform und die Sicherstellung des notwendigen Einflusses der Länder auf die Krankenhausplanung wird eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre im Gesundheitswesen sein. Es gilt zu verhindern, dass die gewachsene, leistungsfähige und krisensichere Krankenhausstruktur durch zentralistische Vorgaben und nahezu planwirtschaftliche Maßnahmen, unter deren Geltung eine situationsangepasste Krankenhausplanung nicht mehr gewährleistet werden könnte, zerstört wird.

Ich darf Ihnen versichern, dass die Bayerische Staatsregierung in möglichst breitem Schulterschluss auch mit anderen Ländern mit allem Nachdruck für den Erhalt der Planungskompetenz in Länderhand und gegen zentralistische Vorgaben auf Bundesebene eintritt. Es muss über eine engmaschige Mitwirkung der Länder am weiteren Entscheidungsverfahren sichergestellt werden, dass die Versorgung in der Fläche auf hohem Niveau auch künftig erhalten bleibt. Dafür sind insbesondere Gestaltungsspielräume für die Länder erforderlich.

Hierfür wie auch für ein Ende der systematischen Unterfinanzierung der stationären Versorgung werden wir uns aus Bayern auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Gamperl
Ministerialrat